

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Feiertagen nur einmal. Der Tagespreis beträgt bei reiner Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen P. 12.—, im voraus zahlbar. Für Vorbestellung nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unser Streifenband besorgt für Frankreich, Belgien, Holland, England, das Saar und Mitteldeutschland sowie die holländischen Gebiete Belgiens und Luxemburg M. 20.— für das übrige Ausland M. 30.—

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin G 2, Breite Straße 60

Die Jahrgangspreise: Nonpareilgebilde über dem Namen kostet 6.— M., einschließlich Anzeigenraum. Klein-Anzeigen: Das letztgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Anzeigenraum. Postfrei-Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Belege 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Belege in Wort-Anzeigen: das letztgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Streik in den Elektrizitätswerken

Der Streikbeschluss

Gestern Abend tagte in der „Neuen Philharmonie“ eine Versammlung aller Angestellten der städtischen Elektrizitätswerke. Schmidt vom 3. d. U. kündigte an, daß sofort in den Streik einzutreten werden müsse. Obwohl die Angestellten wiederholt alle Verhandlungsmöglichkeiten benützt und auch dem Magistrat weitgehende Vermittlungsvorschläge gemacht haben, beharrte dieser auf seinem Standpunkt und ließ durch seine ganze Haltung erkennen, daß er es auf eine Machtprobe ankommen lassen wollte. Das Ergebnis der Abstimmung der Angestellten habe eine Mehrheit für den Streik ergeben. Was diejenigen Angestellten betrifft, die erklärt haben, in das Beamtenverhältnis einzutreten, so sei die Vereinbarung getroffen worden, von diesen Angestellten den Eintritt in den Solidaritätsstreik zu erwarten.

Es ergab sich in dieser Versammlung ein Unterschied in der Beurteilung der Situation zwischen den Vertretern der kaufmännischen Angestellten und denjenigen der technischen Angestellten. Wie aus unserem nachfolgenden Bericht über die augenblickliche Lage in dem Elektrizitätswerk zu ersehen ist, hat diese Meinungsverschiedenheit glücklicherweise nicht zu schädigenden Folgen für die Bewegung selbst geführt.

Die augenblickliche Lage

Von 2 Uhr ab liegt die Straßenbahn still!

Heute vormittag fand eine Beratung der technischen Angestellten in der „Philharmonie“ statt. Es ergab sich, daß heute morgen die kaufmännischen Angestellten in den städtischen Elektrizitätswerken nicht zur Arbeit erschienen sind, und daß von den technischen Angestellten die Bureautechniker ebenfalls bereits in den Streik getreten sind. Die übrigen Techniker nehmen in einer Versammlung Stellung, die bei Redaktionschluss noch andauert. Es kam aber bereits zum Ausdruck, daß die Organisation der Techniker für reiblose Durchführung einer umfassenden Streikbewegung sorgen wird. Wenn die Maschinentechniker, Werkmeister usw. die Arbeit noch nicht niedergelegt haben, so hat das seine Ursache in einer Vereinbarung, daß die technischen Angestellten einige Stunden vor Ausbruch des Streiks die Straßenbahn und andere betroffene Betriebe benachrichtigen

müssen. Verhandlungen mit dem Magistrat sind noch nicht begonnen worden.

Auch auf dem Osthafen sind die kaufmännischen Angestellten in den Streik getreten, dagegen werden die Angestellten von den Gaswerken nicht von dem Konflikt berührt.

Es ist selbstverständlich, daß die städtischen Arbeiter in den Elektrizitätswerken es ablehnen werden, etwa die Arbeit der streikenden Angestellten zu verrichten. Da anzunehmen ist, daß schon in den Mittagsstunden die Streikbewegung den vollen Umfang erreicht haben wird, so wird in den ersten Nachmittagsstunden die Stromversorgung in Berlin eingestellt sein, so daß etwa von 2 Uhr ab der Straßenbahnverkehr ruhen dürfte.

Das Schiedsgericht über die Arbeiterforderungen

Am heutigen Vormittag ist in den Räumen des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin das Schiedsgericht zusammengesetzt, das über die Forderungen der städtischen Arbeiter entscheiden soll. Der Magistrat hat nach vorausgegangen Verhandlungen zwischen einer Tarifkommission und dem Magistrat die Forderungen der Arbeiter in ihrer vollen Höhe abgelehnt. Die heutigen Verhandlungen werden von Geheimrat Dellus vom Reichswirtschaftsministerium geleitet. Als Beisitzer sind gewählt: Assessor Körner vom Demobilisationsamt und Postdirektor Böttger. Vom Magistrat waren delegiert Rämmerer Karling, Stadtrat Pöschel und Stadtobersekretär Laurisch. Für die kaufmännischen Angestellten waren Posener, für das Lohnkartell Böhmner vom Transportarbeiter-Verband und Dettmer vom Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband gewählt. Als Vertreter der Arbeitnehmer erklärte Polenske vom Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband noch einmal ausführlich den Entwurf des 8. Lohnartikels, der angesichts der fortschreitenden Teuerung den Arbeitern kaum das Existenzminimum bringe. Die Verhandlungen dauern fort.

Wenn der Schiedspruch nicht günstig für die Arbeiterschaft lauten oder der Magistrat sich einem den Arbeitern günstigen Schiedspruch nicht unterwerfen würde, so ist auch ein Streik der städtischen Arbeiterschaft sicher, so daß wir vor einer ganz allgemeinen Streikbewegung stehen. Schuld trägt der Magistrat, denn bei aller Anerkennung der finanziellen Not Berlins kann kein Mensch verlangen, daß die Arbeiter bei ihren minimalen Löhnen etwa die Geldgeber der Stadt sein sollen.

Steigende Gefahr

Immer wieder ist hier mit dem größten Nachdruck gefordert worden, daß die Regierung diesmal nicht wieder die kostbarste Zeit verstreichen läßt, bis es zu spät wird. Seit der Annahme des Ultimatums haben wir gedrängt und gedrängt, damit die notwendigen Finanzmaßnahmen ergriffen werden. Wir haben immer wieder diese Maßnahmen im einzelnen aufgezeigt, wir haben ein Provisorium gefordert — beschleunigte Einziehung des Notopfers, der Einkommen- und Umsatzsteuern, die Erhöhung der Exportabgaben, ein Kapitalverkehrssteuergesetz — um das innere Defizit zunächst zu decken und der Vermehrung des Notenumlaufs Einhalt zu tun. Wir haben die sofortige Erfassung der Sachwerte gefordert, damit die Regierung in der Lage sei, über Unterlagen für den auswärtigen Kredit zu verfügen. So gerüstet, wäre es möglich, die bevorstehenden Zahlungen am 15. Januar zu leisten und die Zeit für die große Finanzreform zu gewinnen.

Nichts davon ist geschehen. Im Steuerauschuß ist der Block der Steuerhauken an der Arbeit und lehnt die Forderungen, die die gesamte Arbeiterschaft vertritt, ruhig ab, während die Regierung sich in Schweigen hüllt. Gleichzeitig hat die Industrie oder wenigstens ihr maßgebender Teil die Not des Reiches ausgenutzt, um unerfüllbare Bedingungen an die sogenannte Kreditaktion zu knüpfen, die deutlich zeigen, daß es diesen Herren nur darauf ankommt, die Erfassung der Sachwerte zu sabotieren und ihre Steuerfreiheit zu behaupten.

Unterdessen verrinnen kostbare Tage. Aber die Regierung gelangt zu keiner Entscheidung, verhandelt noch immer mit der Industrie, und die Gefahr wird immer größer, daß der Verfallstermin heranrückt, ohne daß irgendein Plan vorhanden ist, um die fällige Zahlung zu leisten. Wie in Versailles, in Brüssel, in Spa und London werden wir am 15. Januar dastehen, ohne zu wissen, was zu tun ist, und ein neues Diktat der Gegner entgegennehmen müssen.

Soll es wirklich so weitergehen? Auch der „Vorwärts“ stellt jetzt diese Frage. Sieben Wochen vor dem Verfallstermin kennt noch keine gelehrende Körperschaft den amtlichen Entwurf eines Gesetzes, das die nächste Reparationszahlung aufbringt. Inzwischen macht die Teuerung rasende Fortschritte und der Reichsverband der Industrie fordert die Uebergabe der Betriebe des Reiches an das Großkapital. Dann fährt das Blatt fort:

Die Regierung aber verhandelt, in Berlin, vermutlich auch anderwärts, aber sie tut nichts, was den Reichsrat auf die Kraftanstrengung vorbereitet. Je näher der 15. Januar, ohne daß die steuerliche Ausbringung der Goldbeiträge erfolgt ist, um so bedingungsloser wird das Volk an die Industriekapitäne ausgeliefert. Das Ultimatum, das Herr Stinnes am 12. oder 14. Januar präsentieren kann und wahrscheinlich auch wird, läßt dann nur noch eine Wahl: annehmen oder die Gewaltmaßnahmen der Entente über uns kommen lassen. Das letztere aber wäre der Santerott der Erfüllungspolitik, das erstere der vernichtende Schlag gegen den Sozialismus. In beiden wirkt die „Regierung der Erfüllung“ mit, wenn sie nicht schleunigst die Erfassung der Sachwerte herausbringt und mit den schärfsten Mitteln die Sicherstellung der Beiträge betreibt.

Die Frist läuft ab. Die Regierung zaudert. Wir müssen von unseren Genossen, die an ihr teilnehmen und die bisher in unserem Sinne gewirkt haben, verlangen, daß sie diese Konsequenzen im Auge behalten. Dann gibt es nur eine Möglichkeit, die heißt: Vorbeugen! Die Industrie hat ihr Wort gebrochen, wenn sie nicht wagt, jetzt schon mit Garantie vor die Öffentlichkeit zu treten. Ihr Kreditangebot war das Danaergeschenk, als das wir es vom ersten Tage an kennzeichneten. Jetzt gilt es, die Reichsfinanzen unabhängig von den Launen und windigen Zusagen der Industriekapitäne zu machen. Noch ist es Zeit. In zwei Wochen wird es zu spät sein. Wir warnen.

Der „Vorwärts“ fordert also die rechtssozialistischen Minister im Kabinett auf, endlich eine klare Entscheidung der Regierung herbeizuführen. Auch wir meinen, daß die bisherige Direktionslosigkeit der Regierung unmöglich fortdauern kann. Herr Wirth hat bei der Uebernahme der Regierung erklärt, daß sein Kabinett sich nicht mehr in jene völlige Abhängigkeit von den Fraktionsführern begeben werde, wie die vorhergehenden. Es werde die Notwendigkeiten der Politik rücksichtslos vor dem Parlament darlegen und sie durchzusetzen versuchen. Die Parteien müßten dann die volle Verantwortung vor dem Lande für ihre Zustimmung oder Ablehnung übernehmen. In Wirklichkeit aber läßt das Kabinett in der entscheidenden Frage jede Stellungnahme vermissen. Unausgesetzt wird hinter verschlossenen Türen verhandelt, obwohl längst klar ist, daß nur entscheidendes Handeln uns vorwärts bringen kann.

Herr Wirth hat unlängst erklärt, er werde dem Parlament in kurzer Zeit die nötigen Mitteilungen machen. Aber die Zeit vergeht und die Regierung schweigt. So feuern wir mit vollen Segeln in neue Krisen unserer inneren und auswärtigen Politik hinein. Deshalb kann die Unentschlossenheit und Untätigkeit nicht fortdauern. Auch wir

Die Finanzlage Deutschlands

Der französische Finanzfachverständige Seydoux, der besonders bei der Brüsseler Finanzkonferenz hervorgetreten ist und als finanzieller Berater der französischen Regierung gilt, hat sich im „Echange Telegraph“ über die Finanzlage Deutschlands folgendermaßen ausgesprochen:

Die Lage Deutschlands ist klar. Deutschland hat die Durchführung des Londoner Ultimatums versprochen, hat aber gleichzeitig erklärt, daß dieses Ultimatum undurchführbar sei. Finanziell betrachtet, ist das wahr. Es gibt in der ganzen Welt 10 Milliarden Gold, und insoweit es es unmöglich, 132 Milliarden Goldmark zu finden, um die Reparationen zu bezahlen. Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus aber ist es eine andere Sache. Es handelt sich für Deutschland darum, eine Verwirrung in der öffentlichen Meinung zwischen der finanziellen Unmöglichkeit und der wirtschaftlichen Möglichkeit hervorzurufen. Deutschland hat ein einwaches Mittel gefunden, seine Zahlungsunfähigkeit zu dokumentieren, indem es den deutschen Markt verperrte und jedes Einlaufen im Ausland unmöglich machte. Allmählich hat Deutschland die Mark so entwertet, daß jede Einkaufsmöglichkeit in Amerika, England und Frankreich unmöglich erscheint. Die schnelle Entwertung des Papiergeldes hat es bisher nicht beobachtetes Phänomen festzustellen: Das entwertete Papiergeld behält im Innern des Landes eine höhere Kaufkraft als im Ausland, daß die für das tägliche Leben notwendigen Dinge im allgemeinen in Deutschland billiger sind als überall sonst, wo die Industrie zu niedrigen Preisen produziert wie in Amerika und England. Der Kurssturz der Mark hat also die deutschen Produzenten sehr begünstigt. Die Baisse wurde verursacht erstens durch die große Noteninflation, und zweitens durch eine fortgesetzte Kapitalflucht ins Ausland. Nicht einen Augenblick hat sich die deutsche Regierung bemüht, dem Kurssturz der Mark Einhalt zu tun. Schon in Brüssel erklärten die deutschen Sachverständigen, daß die deutsche Mark im nächsten Jahr den Wert der österreichischen Krone erreicht haben werde. Deutschlands Haushalt verlangt zu schwere direkte Steuern, die dazu noch schlecht eingetrieben werden. Was die indirekten Steuern anbelangt, so weiß jedermann, daß diese von der deutschen Regierung, die auf ihre Volkstümmlichkeit Wert legt, vernachlässigt werden.

Deutschland hat seine Eisenbahnen und seine Handelsmarine wieder aufgebaut. Es hat die Zinsen seiner Anleihen bezahlt und die fällig gewordenen Forderungen aller politischen Parteien nach fortgesetzter Ausgabe von Banknoten zufriedengestellt. Unter diesen Bedingungen müßte die deutsche Mark immer mehr fallen. Das Reich hat niemals den Kauf fremder Devisen durch seine Staatsangehörigen unter Kontrolle gestellt und hat die Fabrikanten niemals veranlaßt, ihren Beschäftigten an ausländischen Devisen nach Deutschland zu schaffen. Die fremden Banken sind mit deutschem Kapital in Franken, Lire, Pfund Sterling und Dollars überfüllt. Ihr Wert beträgt zur Zeit 75 Milliarden Papier-

mark. Einzelne Ausländer, Freunde, Alliierte und Neutrale, erklären, daß Deutschland die Reparationszahlungen unterbrechen sollte, worauf die Mark wieder steigen würde. Dann könnte man mit Deutschland Geschäfte machen. Einzelne Alliierte behaupten sogar, daß man dann mit Deutschland bessere Gewinne erzielen könnte, wenn man mit ihm Handel triebe, als wenn man von ihm die Reparationszahlungen verlange. Eine endgültige Lösung kann nur dadurch gefunden werden, daß ein vollkommenes Einvernehmen und der feste Wille unter den Alliierten besteht, Deutschland zu Finanzreformen zu zwingen und zu veranlassen, daß es seine fremden Devisen heimlichläßt. Das ist aber Sache des Garantiekomitees, das die Artikel 241 bis 248 des Friedensvertrages durchzuführen hat.

Wenn die ausländischen Regierungen Deutschland helfen wollen, um die ins Ausland verbrachten Vermögen kontrollieren zu können, würden wir das begrüßen. Falls ist die Ansicht, daß die indirekten Steuern nicht bereits außerordentlich hoch wären. In der Tat ist der Verbrauch der Massenkonsumartikel sehr stark zurückgegangen und zwar auch der der wichtigsten Nahrungsmittel, z. B. des Fleisches. Irrig ist auch die Ansicht, daß Deutschland den Einkauf im Ausland unmöglich macht. So weit es sich nicht einfach um Kalutawirkungen handelt, ist vielmehr die Luxuseinfuhr aus dem Ausland noch immer bedeutend. Wichtig ist aber die Erklärung Seydoux, die Entente müsse Deutschland zur Finanzreform zwingen. Sie zeigt, was bevorsteht, wenn wir nicht endlich freiwillig unsere Finanzen in Ordnung bringen.

Ransen in Sowjetrußland

Int. Moskau, 29. November.

Ransen wurde bei seiner Ankunft auf russischem Boden von Vertretern der Sowjet-Regierung empfangen. Er erklärte, daß alle westlichen Staaten zur Hilfeleistung für die Hungernden herangezogen werden müßten, was er auch durchzusetzen hoffe. Er teilte mit, daß die holländischen Generalschaften 300 000 Gulden für das Hungergebiet ausbezahlt hätten. Ransen will während seines Aufenthaltes in Moskau von der Sowjet-Regierung die Erlaubnis erwirken, die nach Konstantinopel vertriebenen Russen und die sich noch in Frankreich befindlichen 5000 russischen Soldaten nach Sowjetrußland zurückzuführen zu dürfen.

Entwaffnungskommission der kleinen Entente. In der Frage der Entwaffnung Ungarns hat die kleine Entente eine Sonderkommission gebildet, die parallel der Entente-Kommission die Entwaffnung Ungarns überwachen soll. Diese Maßnahme soll verhindern, daß der kleinen Entente in der Frage der Entwaffnung Sand in die Augen gestreut wird.

meinen, daß endlich Klarheit geschaffen werden, daß die Regierung endlich vor dem Reichstag sagen muß, welche Politik sie einschlagen will. Wenn die Pferde an dem Wagen unserer Politik dem Abgrund zusehen, darf man die Fügel nicht länger am Boden schleifen lassen.

Der Schlesiische Adler

Das ist kein Bild, sondern ein neuer Orden. Das „Hamburger Echo“ veröffentlicht folgendes Bildzeugnis:

Dem Polizeiwachtmeister Herrn Bruno L... 2. Hundertschaft, Schutzpolizei Soest, ist am 15. April 1921 das Schlesiische Bewährungsabzeichen (Schlesiischer Adler), 2. Stufe, verliehen worden.

gez. v. Trempler,

Generalmajor und Kommandeur der 2. Kav.-Division.

Stempel: 2. Garde-Kavallerie-Division.

Wer hat diesen Blödsinn, der die deutsche Republik in der ganzen Welt zum Kinderspiet machen muß, ausgedacht? Wie kommt ein Generalmajor der Reichswehr dazu, Orden an Schutzpolizisten zu verleihen? Noch dazu an einen Polizisten, der bald nach dieser Ehrung entlassen werden mußte, weil er einen Kraftwagen mit Waffen beschlagnahmt hat. Das wurde ihm als „politische Betätigung“ ausgelegt. Wenn nun die Beschlagsnahme von Waffen als Entlassungsgrund gilt, wofür hat der Mann dann seinen Orden bekommen? Sogar für die Beigabe beim „Bottenschmugel“? Das würde gut zu diesem Irrsinn passen.

Stennes in Uniform

Hauptmann Stennes, der bisherige Führer der Hundertschaft A. B. ist bekanntlich unter dem Verdacht eines Verbrechens bis zur Einleitung eines Strafverfahrens vom Dienst suspendiert worden. Trotzdem trägt Herr Stennes weiter Uniform. Er ist also in der Lage, jedem Schutzpolizisten Befehle zu erteilen. Es ist nicht ganz klar, ob die geltenden Bestimmungen ihn zum Tragen der Uniform berechtigen. In jedem Falle muß diese Tatsache überaus bedenklich erscheinen, zumal zum „Dienstanzug“ nach den geltenden Bestimmungen auch die Schußwaffe und das Seitengewehr gehört. Nimmt man dazu noch den heimlichen Schießverstoß, der ja ebenfalls noch in Kraft ist, dann ergeben sich allerlei bedenkliche Konsequenzen, denen vorzubeugen Herr Severing alle Pflicht hätte.

Heimschaffung deutscher Kriegerleichen

Gegen die Heimschaffung deutscher Kriegerleichen aus dem Auslande bestehen keine Bedenken mehr. Für die Rückführung sind, wie von zuständigen Stelle mitgeteilt wird, folgende Bedingungen maßgebend:

Die gesamten Kosten sind von den Angehörigen zu tragen. Die Identität muß einwandfrei feststehen. Die Genehmigung zur Überführung erteilt das Zentralnachweiskeamt, durch dessen Vermittlung die Zustimmung des Fremdenstaates eingeholt wird. Die Anträge sind daher an das Zentralnachweiskeamt für Kriegerverstorbene und Kriegergräber in Spandau, Schmidt-Knobelsdorferstraße, zu richten. Bei der Überführung müssen die geforderten Vorschriften beachtet werden. Dies bezieht sich auch auf die Geleitsvorschriften der Länder, aus denen die Leichen ausgeführt und durch die sie befördert werden. Für Fehler bei der Grabangabe haftet das Reich nicht. Angehörige, die Kriegerleichen aus dem Auslande überführen, verpflichten sich zur Instandhaltung der neuen Gräber in Deutschland. Für die Gräberstätten müssen die Angehörigen dem Zentralnachweiskeamt mitteilen, wo die Leiche ausgegraben und wohin sie umgebettet worden ist.

Die Abfindung der Thüringer Fürsten

In Weimar sind kürzlich, wie auch die „Freiheit“ berichtet, die Abfindungsverträge mit dem ehemaligen Großherzog genehmigt worden. Es dürfte nicht uninteressant sein festzustellen, wie sich mit den übrigen Thüringer Fürsten die Abfindung bisher vollzog. Altenburg erhält das Kammervermögen als Eigentum und überläßt dem herzoglichen Haus das Schloss „Friedliche Wiederkunft“ mit Umgebung und rund 165 Hektar Wald vom Forstrevier Hummelshausen als Eigentum, räumt dem herzoglichen Haus ein Wohnungsrecht im Prinzenpalais zu Altenburg sowie die unentgeltliche Benutzung einer Theaterloge ein und zahlt dem Herzog zehn Millionen Mark Abfindung. Ferner

werden noch zwei Millionen Mark für eine Wohnfahrtskostung gewährt, und den gesamten Hofbeamten werden außerdem ihre Rechte auf Pension usw. geklärt.

In den ehemaligen Staaten Schwarzburg-Rudolstadt und Sonderhausen wurden die Verhältnisse ähnlich wie in Altenburg geregelt; in Altenburg konnten nur größere Beträge in Frage wie bei den Schwarzburgern. In Reuß hat der Fürst für sich und seine Familie von seinem auf 60 Millionen Mark geschätzten Gesamtbesitz etwa die Hälfte, bestehend in Kammergütern, Forsten usw. abgetreten. Das fürstliche Haus Reuß hat aber noch beratig wertvolle Liegenschaften im Besitz, das die Vermögensdifferenz des fürstlichen Hauses bald wieder durch die noch vorhandenen großen Forsten ausgeglichen sein wird, da diese große Gewinne bringen. In Reiningen ist das mit dem herzoglichen Hause getroffene Abkommen vertraulich behandelt worden, so daß es nicht zur öffentlichen Kenntnis kam. Im ehemaligen Herzogtum Gotha ist die Auseinandersetzung noch nicht erfolgt.

Französische Kritik an Briand

Paris, 28. November.

Das „Journal des Debats“ schreibt, es habe sich demütigt, den Ministerpräsidenten Briand davon abzuhalten, nach den Vereinigten Staaten zu reisen, um eine Rolle auf einem Terrain zu spielen, das von Abgründen durchzogen sei. Es habe verschlossenen Ohren gepredigt, Briand habe es vorgezogen, nach Washington zu reisen, nachdem er gewissermaßen als Vorwort zu seiner großen Rede vor der Washingtoner Konferenz nach Argona ein Telegramm geschickt habe, in dem er die Ratifizierung des französisch-türkischen Abkommens anzeige. Jetzt sei man in der Lage, diesen glücklichen Einfluß des türkisch-französischen Abkommens und die Wirkungen der Rede-Diplomatie zu wärdigen. Das Blatt hofft, daß die Erfahrung der französischen Staatsmänner vom schlechten Wege ablenken werde, und daß sie nunmehr zu Methoden zurückkehren, die durch glücklichere Präzedenzfälle geheiligt seien. Sie müßten in bestimmter Form den Meinungsaustrausch mit London aufnehmen. Das „Journal des Debats“ führt aus, es sei vorzuziehen, daß an der Spitze der Regierung ein tätiger und schweigender Mann stehe, der die gemeinsamen Angelegenheiten zur allgemeinen Befriedigung regelt. Der Platz für Kritiker sei die Theaterbühne. Staatsmänner aber, die damit beauftragt seien, die auswärtigen Geschäfte zu führen, müßten in ihrem Arbeitszimmer arbeiten und müßten die Erfahrungen und die Talente ihrer Mitarbeiter bestens nutzbar machen. Das Blatt hält es für notwendig, daß Briand nach seiner Rückkehr vor den Kammern eine öffentliche Erklärung abgebe. Es wolle die Aufgabe der Regierung nicht erschweren, sondern nur den Ministerpräsidenten auffordern, den besten Nutzen aus den Ereignissen im nationalen Interesse zu ziehen. Das Pariser Kabinett möge mit dem von London eine allgemeine Prüfung der Orientfrage vornehmen, denn die Lage sei verworren. Gewisse Fehler seien nicht wieder gutzumachen. Jedoch sei es noch Zeit, Ordnung in die Dinge zu bringen. Um es zu erreichen, müsse man die Fragen der Eigenliebe beiseite lassen und nur an das allgemeine Wohl denken.

Harding über die Einladung Deutschlands

Washington, 29. November.

Die Nachricht, daß Präsident Harding Deutschland einzuweisen nicht einzuladen beabsichtige, wird in einer Depesche des „Nation“-Korrespondenten aus Washington bestätigt, die auf einer Unterredung beruht, die er mit dem Präsidenten hatte und worin letzterer erklärte, daß man zu den jeweiligen Beziehungen nur diejenigen Mächte heranziehe, die davon interessiert seien. So wäre es lächerlich, zu den Beziehungen über die Währungsfrage die Schweiz, die Udchschowatz oder Bolivien heranzuziehen, oder zu den Fragen des fernern Ostens Schweden, Ungarn oder Colombia. Jede Tagung solle sich nicht darauf einlassen, die künftigen Probleme der Menschheit zu lösen, sondern einfach die unmittelbar bestehenden Schwierigkeiten zu klären. Heute sind die dringlichsten Fragen der äußerste Orient und der Wettlauf um die Küstungen zur See. Morgen wird es ohne Zweifel die Finanzfrage und die wirtschaftliche Lage sein, übermorgen der Aufbau Rußlands.

Diesen Gedanken hatte Präsident Harding Ende letzter Woche auch einem japanischen Journalisten gegenüber ausgesprochen und hatte hinzugefügt: Wenn der Versuch, den wir jetzt machen, gelingt — warum sollte er nicht erneuert werden? Warum sollten Konferenzen dieser Art nicht periodisch sein und etwa alljährlich einmal stattfinden? Einer der Zuhörer stellte sodann die Frage: Würde man zu diesen periodischen Versammlungen Deutschland berufen? Der Präsident, der diese Frage nicht ermartet

hatte und sich nur in allgemeine Lebensszenen ausgesprochen hatte, schien überrascht zu sein und antwortete nach kurzem Zögern ausweichend, man würde Deutschland berufen, wenn es notwendig wäre. Der „Nation“-Korrespondent ist überzeugt, daß, wenn man im nächsten Frühjahr eine große internationale Konferenz nach Washington oder Paris berufen würde, Deutschland von dieser schwerlich ausgeschlossen werden könnte, weil es eine der am meisten interessierten Mächte sein werde. Wenn in zwei Jahren eine große internationale Konferenz stattfinden sollte, um Rußland wiederanzubauen, müßte man dazu Deutschland, Rumänien, Polen, Litauen und alle Länder berufen, die Rußlands Nachbarn oder Gläubiger sind. Jedenfalls ist augenblicklich von einer Hinzuziehung Deutschlands zur gegenwärtigen Konferenz keine Rede.

Viktor Adlers Briefe

Genosse Friedrich Adler schreibt uns:

In einer Zeit höchster politischer Erregung sprach mein Vater, und drei Jahre seit seinem Tode waren erfüllt von einer beinahe ununterbrochenen Reihe höchst kritischer politischer Situationen. Der Moment relativer Ruhe, der die Herausgabe seiner Reden und Schriften sowie seines Nachlasses ermöglichen würde, ist auch heute noch nicht gekommen. Aber die Vorarbeiten müssen in Angriff genommen werden, denn die Gefahr wird immer größer, daß manches für die Geschichte des Werdens der Arbeiterbewegung in Österreich überaus wertvolle Material dauernd verloren geht. Daher richte ich im Einvernehmen mit dem Parteivorstand der österreichischen Sozialdemokratie an alle Freunde, Genossen und Bekannten meines Vaters die dringende Bitte, mir seine Briefe zur Verfügung zu stellen. Jene, die die Originale der Briefe im Besitz zu halten wünschen, wäre ich dankbar, wenn sie mir die Originale für kurze Zeit leihweise überlassen würden, damit eine genaue Abschrift hergestellt werden kann.

Viele der Briefe enthalten so viel Persönliches, daß sie zur Veröffentlichung nicht geeignet sind. Trotzdem wäre es ein großer Verlust, wenn sie nicht gemeinsam mit dem übrigen Nachlaß aufbewahrt werden könnten. Es wird selbstverständlich nichts ohne die Zustimmung des Adressaten veröffentlicht werden. Wer aber Briefe besitzt, von denen er wünscht, daß sie auf eine gewisse Reihe von Jahren hinaus überhaupt niemandem zur Kenntnis kommen, bitte ich, sich mit mir besonders in Verbindung zu setzen, damit eine sichere Aufbewahrung unter Siegel für die gewünschte Zeit ermöglicht werden kann.

Alle Parteimitglieder des In- und Auslandes bitte ich, diesem Aufruf Raum zu gewähren.

Friedrich Adler.

Wien VI, Blümelgasse 1, im November 1921.

Kleine Nachrichten

Verbot zweier kommunistischer Blätter. Wie die B. V. N. hören, hat der preussische Minister des Innern, Severing, das in Berlin erscheinende Organ der K. A. P. D., die „Kommunistische Arbeiterzeitung“, für die Dauer einer Woche, und die Wochenchrift „Der Kampf“ für zwei Wochen, das heißt für die Zeit vom 27. November bis zum 10. Dezember einschließlich, verboten. Anlaß zu dem Verbot der beiden kommunistischen Organe ist ein „Aufruf an die Proletarier“. Außerdem soll nach § 130 des Reichsstrafgesetzbuches die gerichtliche Strafverfolgung in die Wege geleitet werden, da durch die beanstandeten Zeitungsauftritte in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander öffentlich aufgehetzt werden. — Das Klingt beinahe so, als ob die seltsame Zeit des Herrn Büttamer wiederkehren sollte.

Lord D'Abernon in London. Nach einer Havasmeldung aus London ist Lord D'Abernon, der britische Botschafter in Berlin, in London angekommen.

Deutsch-dänische Hilfe für Opatz. Das Deutsche Komitee zur Hilfeleistung für die Opfer des Oppauer Unglücks überwies dem Reichshilfsausschuß für Opatz durch den deutschen Konsulenten in Kopenhagen einen weiteren Betrag von 500.010,10 M. Das Gesamtergebnis der bisher in Dänemark eingekommenen Spenden hat hiermit die Summe von 865.010,10 M. erreicht.

Zugunfall in Belgien. Nach Meldungen aus Brüssel hat ein Zusammenstoß zwischen zwei Personenzügen der Strecke Brüssel-Antwerpen auf der Station Duffel zwischen Mecheln und Antwerpen stattgefunden. Fünf Personen wurden getötet, 20 verwundet.

Die Einwohnerzahl Polens. Die jüngste Volkszählung in Polen hat ergeben, daß die polnische Republik 28.440.000 Einwohner zählt. In dieser Zahl sind indessen die Angehörigen der Armee nicht mit eingerechnet.

Der Film am Dienstag

Filmschau

In der vorigen Woche konnte man im „Lorenzen-Palast“ der „Ufa“ ein interessantes Programm sehen. Es wurde ein deutscher und ein amerikanischer Film gezeigt. Beide waren sehr typisch in ihrer Art und deshalb ist der Vergleich lehrreich. „Der Ritter ums Gluck“, Fahrten und Abenteuer eines nervigen Raubreiters ist ein amerikanischer Film, in dem Douglas Fairbanks, einer der in Amerika bestechendsten Filmschauspieler, die Hauptrolle spielt. Es ist ein harmlos lustiger Film, in dem die Gegensätze Amerikas, das zivilisierte New-York und die krazen Wilden von Kalifornien, gar schmerzhaft zusammenstoßen. Fairbanks, der sich seines Combonlebens und seiner Reiterheldentaten rühmt, wird von seinen zivilisierten New-Yorker Klubkameraden in ein extra für ihn arrangiertes „Abenteuer“ gelockt, das er aber sofort nimmt und mit großem „Selbstvertrauen“ besteht — bis es schließlich herauskommt, daß alles ein Ill war. — In diesem Spiel wird auf lustige Weise der übliche Abenteuerfilm mit seinen Vögeln, Schieß- und Reiterreisen verknüpft. Man sieht schöne Bilder von dem New-Yorker Reiterverkehr und ganz herrliche Landschaften aus dem „wildem Westen“ (eine langsam dahingleitende Büffelherde ist so etwa das Schönste, was ich seit Jahren im Film gesehen habe). Alle Szenen sind spannend oder amüsant und alles verläuft harmlos und nett zu allgemeiner Zufriedenheit. Fairbanks ist kein langweiliger Schauspieler, der sein Gesicht in würdevollen Falten legt, wenn er was ausdrücken will, sondern ein sympathischer, netter junger Mann, der prachtwoll reiten, boxen, laufen,klettern kann — kurz, ein Mensch, dem man gern zusieht. — Der deutsche Film hieß „Der Lorenzenlaus“, mit Eugen Adolfer in der Hauptrolle. (Regie: Richard Löwenstein.) Adolfer ist doch ganz gewiß einer unserer sympathischsten und besten Bühnenschauspieler. Zwei Leute haben sich an dem Manuskript dieses Films abgemüht und der Regisseur hat oft für sehr gute und schöne Landschaftsbilder gesorgt; es passieren auch allerlei aufregende und spannende Sachen — und doch — wie gefastelt, wie gequält und unnatürlich wirkt dieser typische deutsche Film neben dem harmlos natürlichen Spiel der Amerikaner! Eine sentimentale, alberne, lebensunwahre Theaterzsjene reißt sich an die andere. Kein Mensch denkt sich natürlich, allen sieht man sofort an, daß sie Schauspieler sind und keine natürlichen Menschen, und der gute Adolfer leidet das Unmöglichste an sentimentalem Augenverbrechen und Theatergebärden, die ein einfacher Fischer nie im Leben machen würde. Wäre nicht das schöne, lebendige Wasser, das in diesem Film genau so „natürlich“ dahinfließt und ans Ufer plätscht, wie in der Natur, so wäre im ganzen Film nicht eine natürliche und also auch nicht eine gute Szene. — Der amerikanische Film hat vielleicht längst nicht so viel Mühe gekostet, wie der deutsche, aber er ist harmloser und natürlicher und deshalb viel, viel besser.

In dieser Woche sieht man im selben Kino ein Schauspiel, das womöglich noch gekünstelter ist als der „Lorenzenlaus“, und hier

mit noch mehr Mühe und Arbeit hergestellt. Es heißt „Die Jagd nach Wahrheit“ von Julius Sternheim mit Erika Glahnner und Fritz Kattner. (Regie: Karl Graun.) Um den (keineswegs richtigen) Satz: „Der Selbsterhaltungstrieb ist stärker als jede Leidenschaft, auch härter als die Liebe“, zu beweisen, stellt man den Traum eines jungen Mädchens dar. Das könnte natürlich sowohl grotesk, wie alltäglich, romanhaft, idyllisch, verzerrt oder realistisch gemacht werden. Aber man macht von allem ein bisschen: mal verzerrt, mal realistisch, mal grotesk, mal alltäglich. Infolgedessen kommt nichts zur Wirkung, nichts wirkt überzeugend, nichts traumhaft — sondern alles nur sehr unwahrscheinlich und überflüssig. Nur ein paar Jagdaufnahmen, Reiter und Hunde in Feld und Wald, sind schön, wie alles, was natürlich ist. Kattner hat keine Gelegenheit, sein Können zu zeigen.

Hans Siemsen

Wird vieles vor den Augen abgepompert, so daß die Menge stauend stehen kann, so hat ihr in der Breite gleich gewonnen, ihr seid ein vielgeliebter Mann!“ Diesen Satz gibt der Theaterdirektor aus dem „Kauf“ dem Bühnenleiter z, aber Goethe ist damit nicht einverstanden. Und wir sind's erst recht nicht, denn wir Zeitgenossen haben im Film das geeignete Objekt gefunden, bei dem wir diesen Worten Geltung verschaffen möchten. Leider beherzigt der Film den wohlgeminten Rat nur höchst selten! Einer der seltenen Fälle ist „Die Abenteuerin von Monte Carlo“ (U. Z. Kunstintendanten), deren ersten Teil wir zu sehen bekommen. Sie fordert den Vergleich mit dem Mann ohne Namen, nicht nur durch die widerliche Verrofflung, die sie ihm nachmacht, heraus: vor der Aufführung alarmierte man die Öffentlichkeit durch Auslegung einer Belohnung für Ergreifung eines Täters, Der „Täter“ ist in beiden Filmen der Hauptheld, der durch die halbe Erdkugel verfolgt wird, bis sich zum Schluß herausstellt, daß er eigentlich gar kein „Täter“ ist. Da wir nun an der Verfolgung durch die schönen Erdstriche teilnehmen, sammeln wir Eindrücke, die uns eben nur der Film vermitteln kann, wenn wir selbst aus solche Reisen nicht leisten können. Es muß zugegeben werden, daß bisher kaum ein anderer Film — auch nicht der „Mann ohne Namen“ — von seiner Auslandsreise eine so blühende Auslese heimgebracht hat wie dieser. Vieles wird vor den Augen abgepompert, und wir gaffen staunend auf Monte Carlo, die Meerenge von Gibraltar, den Kanarienvulkan der Riviera. Weil aber Marokko, Spanien und andere Länder wunderbarliche Bilder abgeben, darum ist Frau Ellen Richter noch lange keine Künstlerin, selbst wenn sie noch so viel Geld für die Herstellung des Films hergibt und sich zu dessen „Diva“ macht! Etwas einer Filmfabrikantin und Können sind nämlich zwei nicht zu verwechselnde Dinge, und man ist noch lange nicht begabt, auch wenn man die Begabung hat, aus einer der schönsten Filmrollen nichts herauszuholen. Kein Wunder, daß dies: Dame von Anton Pointner, dem verfolgten Helden und Karl Huzar, in der Maske des Schahs von Persien, in den Hintergrund gedrückt wird, wo sie hin-

gehört. Die Regie Adolf Gärtners besteht die „Sensationsprobe“ in Ehren.

Richard Hutter betraf die Presse ins Erschrecken und sagte ihr viel Schmeichelhaftes. So erwiderte er z. B., daß die Presse sich für jeden einsehe, der neue Wege betrete. Mit dieser Einbildung dürfte er allerdings einen neuen Weg betreten haben, aber auch für seine „Jaubeerpappe“ sich einzusetzen, die er als etwas „Neues und Sensationelles“ bezeichnet, liegt kein Anlaß vor. Auf der Poinwand läuft jemand, horcht auf, lehrt dann um und hält einen Stuhl. Diese Szene wird so zur Sensation umgetrompelt: Ein lebensfähiger Mensch stellt sich vor die Poinwand und ruft dem auf der Poinwand laufenden zu: „Jimmie“ — worauf dieser aushorcht, als läse er's nur auf den Anruf hin — „holst du einen Stuhl“ — worauf Jimmie umlehrt und einen Stuhl bringt. So geht's weiter in verschiedenen Variationen, und das nennt sich dann „Bereinigung von Film und Kabarett“. Schlaghose schmeckt gut und Hering schmeckt gut, wie qui' muckst auf Hering mit Schlaghose sein! Dalia Koffler.

Dostojewski-Feier im Staatstheater (Dankesbriefe für die Hungernden Rußlands). Stefan Zweig sprach, soviel sich Eindringliches und Wichtiges in wenigen Minuten sagen läßt, über die Bedeutung Dostojewskis. Dostojewskis Einzigartigkeit besteht darin, daß er durch seine Gestalten und Lehren die Ehrfurcht vor dem Leiden des Menschen einprägt. Nicht wie seine großen Vorgänger, etwa Dickens, Hugo und Zola, phantastisch oder agitatorisch, sondern religiös, und ganz in der heiligen Sache stehend. Der Weisheit sei gleichgültig der Leidenslust, weil er alles in allen Zeiten schaute und unglücklich mitempfinde. — So sagt und so muß man wohl Dostojewski ausdenken, aber wie verwißt alle Meinung über eine außerordentliche Leistung ist, das sahle man bald daraus, als man in Koriners unaufdringlicher Wiederkehr Aljoscha Absätze vom Starez aus den Bräder Karamasoff miterlebte. Da hörte man als letzte tiefste Weisheit der weitau weisesten Gestalt Dostojewskis, eben des Starez „wer die Menschen liebt, muß auch ihre Freude lieben“. Denkt man nun daran, daß Aljoscha, da er ins geräuschvolle Leben tritt, in langer, seliger Stunde die Erde umfaßt und sie inbrünstig liebt, vor Freude, nicht vor Jammer, führt da begreift man, wie schwer die Weisheit selber ist und wie selig selbst der Schmerz ist, wenn er von weilen Menschen gestitten wird. — Tilla Durieux sprach ein Gedicht „Dostojewski“, von Stefan Zweig zum 100. Geburtstag gedichtet, das den Heldenwelt selber überschreitet und durch Reflexion die Gestaltung der berühmten Begründung des Dichters in letzter-suchstehender Lebensmittele beendigt. Nun aber folgen zwei unergiebliche Dinge: Wassily Katschawow vom Künstlertheater Stanislawskis (Moskau), als Regisseur und „El schman“, vom Romanoffen Palasttheater gespielt. Katschawow sprach russisch, lebendig, und momentan wie auf der Bühne, dennoch feuch und herrlich wie eine auferstandene Gogolfigur: menschlich-kindlich, jede Handbewegung ein ganzer respektvoller und leidenschaftlicher Ruf, fast ein Volk. Und wie wurde das aller-

